



Kommunalwahlprogramm der AfD Märkischer Kreis

Vorwort

Die Alternative für Deutschland ist die Stimme der Bürger. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bürger im Märkischen Kreis sicher leben können.

Dieses Wahlprogramm gibt die wichtigsten unserer Leitlinien wieder. Es soll allen helfen, sich ein sachlich richtiges und fundiertes Bild unserer Ziele zu machen, da diese oftmals ganz bewusst von unseren politischen Gegnern und Teilen der Medien verzerrt oder falsch dargestellt werden.

Familie

Die Familie ist die Keimzelle der Demokratie. In ihr werden die wesentlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens und die Vermittlung von Werten von frühester Kindheit an geprägt. Die frühkindliche Erziehung bis mindestens zum 3. Lebensjahr im Elternhaus ist am besten für die kindliche Entwicklung geeignet.

Die Berücksichtigung der Erziehungsleistung bei der Rente sollte verbessert werden.

Sicherheit

Uns, der AfD Märkischer Kreis, ist die seit 2015 veränderte Sicherheitslage für die Bürger bewusst. Wir fordern mehr Polizeipräsenz zu jeder Tageszeit sowie gezielte Polizeikontrollen nicht nur an Schwerpunkten. Der Schutz der Bürger, von öffentlichen Bediensteten, wie z.B. Feuerwehr, Krankenhauspersonal vor psychischer und nonverbaler Gewalt muss überall und zu jeder Zeit gewährleistet sein.

Daher null Toleranz für Gewalt jeder Art!

Die kommunalen Ordnungsbehörden müssen gestärkt werden.

Vor allem Frauen werden Opfer von sexualisierter Gewalt. Laut Polizei ist die Anzahl von Vergewaltigungen und öffentlichen Belästigungen angestiegen. Unsere Parks und Grünanlagen sind ausreichend auszuleuchten und müssen verstärkt von Mitarbeitern des Ordnungsamtes bewacht werden. Es darf keine Angsträume für Frauen in unserer Stadt geben.

Es ist darauf zu achten, dass nicht auch in unserem Kreis das Problem der "Loveboys", zumeist „südländische Männer", die junge Mädchen gefügig machen und in die Zwangsprostitution überführen, um sich greift.

Wir fordern mehr Mut zur Wahrheit in der Kriminalstatistik.

Einwanderung und Integration

Am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses steht der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Menschen, die Deutschland als ihre Heimat angenommen haben, ihre Kinder nach unseren Werten erziehen und Steuern zahlen, sind aus unserer Sicht herzlich in unserem Kreis willkommen. Allerdings lehnen wir einen "Ausverkauf" der deutschen Staatsbürgerschaft ab.

Zur Zeit leben ca. 2.900 Salafisten in NRW, davon gelten nach Angaben des Landesverfassungsschutzes 700 als gewaltbereit. Viele Migranten ohne Bleibeperspektive lassen sich durch Rekrutierung von Islamisten für den „heiligen Krieg“ gewinnen.

Um eine Entlastung der kommunalen Haushalte herbeizuführen, muss die bisherige Duldung ausreisepflichtiger Ausländer beendet werden. Kriminelle Ausländer sind zuvorderst rückzuführen. Die AfD spricht sich daher für die konsequente Rückführung von ausreisepflichtigen Asylbewerbern und Straftätern aus.

Ein ausreisepflichtiger erwachsener Ausländer, der trotz Ausreisepflicht nicht abgeschoben wird, kostet den Steuerzahler ca. 1.375 Euro monatlich, Jugendliche sogar ein Mehrfaches.

Ein Datenabgleich zur Verhinderung von ungerechtfertigten Bezügen ist dringend erforderlich. Geldleistungen sind auf Sachleistungen umzustellen, damit Anreize zur illegalen Einreise verloren gehen.

Bis zu ihrer Abschiebung sind ausreisepflichtigen Ausländer zentral und nicht auf dem privaten Wohnungsmarkt unterzubringen. Ansonsten steigt der Konkurrenzdruck auf dem Wohnungsmarkt zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Alle Leistungen gehören auf den Prüfstand.

Auch der CSU-Minister Alexander Dobrindt spricht von einer Anti-Abschiebe-Industrie, bestehend aus Wohlfahrtsverbänden, Integrationsindustrie und Kirchen in Deutschland, die ein wirtschaftliches Interesse an der Versorgung und Unterbringung von Migranten hat.

Integrationsvereine, die Sprach- und Integrationskurse anbieten kosten den Steuerzahler Millionen. Die AfD fordert das Ende einer „naiven Integrationspolitik“, die Millionen für sinnlose Maßnahmen der Integrationsindustrie ausgibt, sowie eine transparente und starke Kontrolle der Integrationsvereine.

Wohnen, Verkehr

Die AfD setzt sich für die Abschaffung von Erschließungsbeiträgen ein.

Durch die Erschließungsbeiträge wird für viele Bürger der Bau von Wohneigentum auch zur Altersvorsorge unzumutbar verteuert. Gleichzeitig ist bei teilweise horrenden Nachforderungen mit der Entstehung von sozialen Härtefällen zu rechnen. Ein Wegfall der Erschließungsbeiträge könnte weitere Anreize zur Schaffung von Wohnraum geben.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch kommunale Bauträger und Investoren muss seitens der Kommunen gefördert werden. Dabei ist auf die Einhaltung des Mietspiegels zur Vermeidung von Wuchermieten zu achten. Leerstände durch Vorhaltung oder Reservierung für Immigranten sind zu vermeiden.

Wir, die AfD MK, fordern Straßenschäden zeitnah zu beseitigen, um höhere Kosten durch Folgeschäden zu vermeiden. Die Bürger sollen vor der Willkür der Städte geschützt werden, verfallene Verkehrswege zu sanieren und die Kosten auf die Anliegerbeiträge umzulegen.

Förderung von Wohneigentum nicht nur für junge Familien.

Wir befürworten den Weiterbau der A 46.

Pläne zur Reaktivierung der Bahnverbindung von Menden nach Iserlohn lehnen wir ab und fordern stattdessen einen Ausbau der Busverbindungen.

Wir fordern die Überprüfung und deutliche Senkung der Tarife des öffentlichen Nahverkehrs und eine bessere Netzanbindung

Städtische Brachflächen sind in Parkplätze umzuwandeln. Parkraumkonzepte sind auf ihre Zukunftsfähigkeit zu überprüfen.

Wir treten für den Erhalt der Bürgerbusse als städtisches Mittel zum gemeinschaftlichen Leben ein.

Kommunale Verwaltung

Wir treten dafür ein, dass die Bürger ihr demokratisches Recht bei Großprojekten der Kommunen durch Bürgerentscheide wahrnehmen dürfen.

Haushaltssicherung ist zu vermeiden

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Ausgaben auf kommunaler Ebene genauestens auf ihr Gemeinwohl überprüft werden. Bei der Auswahl von Fachpersonal muss stärker auf Qualität anstatt auf Quantität geachtet werden. Außerdem muss ein ausgewogener Haushalt zur Schuldentilgung angestrebt werden.

Städtische Rathäuser sind dem digitalen Wandel anzupassen

Durch mehr Digitalisierung und Homeoffice ist die Verwaltung zukunftsfähig und wirtschaftlicher im Sinne des Bürgers zu gestalten.

Mittelstandsfreundlicheres Vergaberecht, um mehr Aufträge regional vergeben zu können und Unternehmen aus der heimischen Region zu stärken.

Der Bürger ist in den Mittelpunkt jeden Handelns zu stellen.

Wirtschaft, Finanzen, Soziales

Die Ansiedlung von Industrie muss mit geeigneten Flächennutzungskonzepten sowie der Ausweisung von neuen Industriegebieten zukunftsfähig gestaltet werden. Eine kommunale Zusammenarbeit mehrerer Städte ist zu prüfen und ggf. zu fördern.

Die AfD Märkischer Kreis möchte den Tourismus in unserer Region auch als Wirtschaftsfaktor fördern. Interkommunale Interessenverbände müssen unterstützt werden, Anreize für den Ausbau des Tourismus müssen geschaffen werden.

Wir begrüßen den Zuzug von arbeitswilligen Unionsbürgern, fordert aber den EU-Sozialtourismus z.B. durch Zuwanderung aus Südosteuropa konsequent stoppen und ein Ende von Transferleistungszahlungen an Sozialbetrüger.

Straffälligen Unionsbürgern sowie Sozialleistungsbetrüger ist das Freizügigkeitsrecht zu entziehen. Hierzu bedarf es einer behördenübergreifenden Kooperation aus Gewerbe-, Ausländer- und Sozialamt. Zudem fordern wir ein groß angelegtes Rückführungsprogramm von solchen Unionsbürgern, die dauerhaft Sozialleistungen beziehen. Solche Rückführungsprogramme sind ausdrücklich im SGB XII vorgesehen.

Bildung, Kultur, Religion

Die AfD Märkischer Kreis spricht sich für ein differenziertes Schulsystem und gegen Gesamtschulen aus. Das Konzept der Inklusion kann das Sonderschulsystem nicht ersetzen. Die Inklusion darf weder den Schülern mit Förderbedarf, noch der Gruppe, in die integriert werden soll, schaden. Der Erhalt der Förderschulen und ggf. deren Wiedereröffnung muss ein Ziel sein.

Die Sicherheit an Schulen muss erhöht werden. Mobbing und Gewalt dürfen nicht zum Alltag von Kindern und Jugendlichen werden.

Die weltanschauliche Neutralität unserer Schulen muss gewährleistet werden.

Den Kindern und Jugendlichen müssen Räume zur sinnvollen Freizeitgestaltung zur Verfügung gestellt werden. Den Kindern und Jugendlichen muss wieder die Möglichkeit gegeben werden, ein gesundes Maß an Heimatverbundenheit herzustellen.

Im Märkischen Kreisleben immer mehr Menschen muslimischen Glaubens. Die AfD achtet die Religionsfreiheit, lehnt aber die Einflussnahme des politischen Islams ab. Prunkvolle Moscheen als Symbol eines dominant-politischen Islams braucht unser Kreis nicht. Vom Ausland finanzierten Moscheen oder solchen, deren Träger vom Verfassungsschutz beobachtet werden, sind keine Baugenehmigungen zu erteilen. Moscheebauvorhaben müssen auf breite Akzeptanz bei den Anwohnern stoßen. Daher verlangen wir vor jedem Bau von Moscheen eine Bürgerbefragung.

Gesundheitswesen

Wir fordern bereits geschlossene Krankenhäuser in Versorgungszentren umzuwandeln und eine krankenhauserneuerung Ausbildung für Pflegefachkräfte zu unterstützen.

Die Sicherstellung der ortsnahe ärztlichen Versorgung muss gewährleistet werden. Es müssen Anreize zur Niederlassung von Haus- und Fachärzten (Miete, Stipendien) geschaffen werden.

Um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren, ist in den Schulen ein Schwerpunkt auf die Themen Ernährung, Gesundheitsvorsorge und Sport zu legen. Der Breitensport soll gefördert werden.

Natur, Umwelt, Energie

Wir, die AfD, halten die Windenergie im Kreis für eine unzuverlässige Energieerzeugung, die in hohem Maße zur Zerstörung der Natur (Wälder, Vögel, Insekten, Fledermäuse...) beiträgt. Ein angemessener Abstand zur Wohnbebauung (Mindestabstand = 10 x Höhe) muss unbedingt gewährleistet werden..

Die AfD spricht sich für eine schnellstmögliche Wiederaufforstung der städtischen Wälder sowie die Unterstützung der Waldbauern im Kreisgebiet aus. Durch die zyklische Klimaveränderung auch in unseren Breitengraden muss die Flora den Veränderungen angepasst werden. Anreize für private Waldbesitzer zur Aufforstung mit geeigneten Baumarten sollten geschaffen werden.

Da bis heute naturwissenschaftlich kein wesentlicher Einfluss von CO₂ auf das Klimageschehen nachgewiesen werden konnte, lehnen wir unnütze kostspielige Maßnahmen ab. Hierzu gehören auch Ausgaben wie z.B. für Klimaschutzbeauftragte.

Durch die willkürliche Umstrukturierung der Bundesregierung von grundlastfähigen Energieträgern zu wetterabhängigen Zufallsenergien ist die Stabilität unserer

Stromversorgung extrem gefährdet. Es droht ein Blackout. Bei längerer Zeit ohne elektrischen Strom werden in kürzester Zeit der Verkehr, Kommunikationsnetze, die Wasser- und Lebensmittelversorgung zusammenbrechen. Menschen, die einer intensivmedizinischen Versorgung bedürfen, sind in Lebensgefahr. Wir wollen für den Katastrophenfall im MK geeignete Vorsorge treffen.